

Die Linke Sachsen

2. Tagung des 17. Landesparteitages

13. April 2024

A. Leitanträge

A.1. Landtagswahlprogramm der Linken Sachsen zur Landtagswahl 2024

ÄA.1.62. Änderungsantrag: ÖPNV als Pflichtaufgabe der Kommunen definieren

Einreicher*innen: Jörg Fritzsche

Unterstützer*innen: Vorstand des OV Heidenau/Dohna/Müglitztal

Der Landesparteitag der Linken Sachsen möge beschließen:

Änderung in Z. 1968-1971:

ersetze:

Ein gutes ÖPNV-Angebot sicherzustellen, soll Pflichtaufgabe der Kommunen werden. Dazu sind sie mit entsprechenden Finanzmitteln auszustatten. Wir werden ihnen aber auch die Möglichkeit einräumen, alternative Finanzierungsmodelle für den ÖPNV einzuführen, wie etwa die Nutznießerfinanzierung.

durch:

*Ein gutes ÖPNV-Angebot sicherzustellen, dafür tritt **DIE LINKE** ein. Wir werden zusätzlich prüfen, welche alternativen Finanzierungsmodelle für den ÖPNV in der Stadt bzw. auf dem Land genutzt werden können, wie etwa die Nutznießerfinanzierung.*

Begründung:

Den ÖPNV alleine den Kommunen als Pflichtaufgabe zuzuweisen, wird nicht funktionieren. ÖPNV in der Stadt und auf dem Land müssen jeweils komplett anders gedacht werden, da die Rahmenbedingungen völlig verschieden sind. Große bis mittlere Städte haben es einfacher, da die Wege relativ kurz sind und eine Linienvernetzung deutlich besser gelingt. Die Finanzierung ist allerdings bereits beim städtischen ÖPNV schon schwierig und beim ländlichen ÖPNV aktuell gar nicht darstellbar. Kommunen können die Pflichtaufgabe „ÖPNV“ finanziell und personell nicht stemmen.

Entscheidung des Landesparteitages: